

# BÜCHER

## Die historische ökonomische Depression und ihre Folgen

Rezension von: Harold James (Hrsg.), *The Interwar Depression in an International Context*, Oldenbourg, München 2002, XVIII+192 Seiten, € 44,80; Gerhard Senft, *Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934 bis 1938*, Wilhelm Braumüller, Wien 2002, X+550 Seiten, € 64.

Die Bedeutung aktueller Wirtschafts- und Finanzkrisen, insbesondere in Hinblick auf ihre Ursachen und möglichen Folgen, wurde in den vergangenen dreißig Jahren mehrheitlich heruntergespielt. Erst recht abgelehnt wurden Reflexionen über ihre Vergleichbarkeit mit der historischen Weltwirtschaftskrise bzw. mit der Zwischenkriegszeit.<sup>1</sup> Globale Deflation scheint für viele – politisch durchaus unterschiedliche Positionen – fast ein Tabuthema zu sein, das in seiner weltweiten Ausbreitung nur als historisches Phänomen galt. Vor allem für die europäischen zeitgenössischen Ökonomen und die politischen Funktionsebenen in ihrem Schlepptau blieb Inflation weiter ein Schreckgespenst. Spätestens seit der sog. Asienkrise mehren sich Stimmen, die eine globale Deflationsspirale nicht vollständig ausschließen. Derartige Positionen werden vor allem von US-amerikanischen Ökonomen und Wirtschaftshistorikern eingenommen.<sup>2</sup>

Einem aus dieser Gruppe, Harold James von der Princeton-Universität, verdanken wir einen äußerst informativen und anregenden Sammelband, der sich mit der globalen Depression der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts beschäftigt. Er ist aus einer wissenschaftlichen Konferenz hervorgegangen und versammelt Beiträge höchst renommierter Wirtschaftshistoriker. Es geht um aspektgeschichtliche und regionale Fallstudien zur Großen Depression, wobei der Blick nicht auf die Jahre 1929 bis 1933 eingengt wird.

Der wissenschaftliche Umgang mit der Großen Depression – und dies dokumentiert der Sammelband auf eindrucksvolle Weise – hat sich unterdessen gegenüber jener Zeit verändert, als die Borchardt-Kontroverse um 1980 die Debatte beherrschte. Die von Knut Borchardt angestoßene Diskussion drehte sich damals hauptsächlich um die Thematik der angeblich zu hohen Löhne in der Weimarer Republik, mittlerweile liegt der Fokus ganz allgemein nicht mehr so sehr auf nationalstaatlichen Untersuchungsperspektiven, vielmehr geht es um den internationalen Kontext und eine globale Perspektive. Die Themenschwerpunkte der Aufsatzsammlung – die zwar als solche nicht explizit im Inhaltsverzeichnis genannt werden – drehen sich um die Entwicklung der Weltwirtschaft in längerfristiger Perspektive, um internationale Handelsregimes, Protektionismus und diverse Ansätze zur Krisenlösung.

Christoph Buchheims Beitrag greift noch einmal die Frage nach den Löhnen und Produktionskosten aus der Borchardt-Kontroverse auf und zeigt, dass die

deutschen Exportgüter ohne Zweifel international wettbewerbsfähig waren und auch die „variablen Kosten“ nicht das Problem darstellten (S. 119). Die Antwort, warum die Profite dennoch um so viel niedriger lagen als noch vor 1914, liefert er mit dem zentralen Argument, dass eben nicht die Lohnhöhe ausschlaggebend war, sondern der Nachfragerückgang und die steigenden fixen Kosten vor dem Hintergrund einer Unterauslastung der deutschen Industrie. Es waren also exogene Faktoren, namentlich der grassierende Protektionismus, der letztlich der deutschen Exportindustrie zu schaffen machte (S. 121). Buchheim schließt mit einem Loblied auf die wirtschaftspolitisch erfolgreiche Post-1945-Ära, als die Rückkehr zu einem freien Welthandelsregime durch exportgeleitetes Wachstum erfolgreiche nachholende Entwicklungsprozesse möglich machte. Dies zählt im Übrigen zu seinem mit anderen Autoren wie etwa Barry Eichengreen und Harold James gemeinsamen wirtschaftspolitischen Basisverständnis.

Zum historischen Aspekt des Protektionismus in der Zwischenkriegsära finden sich unterschiedlich akzentuierte Interpretationen, die sich stark von der „alten Schule“ (z. B. Charles Kindleberger) unterscheiden. Zwar wird im Beitrag von Forrest Capie (S. 123ff.) noch die These vertreten, dass der Handelsprotektionismus der USA (Zolltarife von 1922 und 1930) und Großbritanniens (1920/21ff.) mit dem sinngemäßen Motto „Wir zuerst“ jene protektionistische Vorgabe machte, die sich schließlich durch Nachahmung internationalisierte und global ausbreitete.

Als Fallstudie für die Übertragung und Ausbreitung des metropolitan verursachten Krisenmechanismus bietet Dietmar Rothermund am Beispiel der Bauern in Britisch-Indien, Burma, Indonesien, China, Indochina, den Philippinen und Japan einprägsames Anschauungsmaterial (S. 15ff.). Auch wenn die Bauern Asiens nicht direkt vom US-amerikanischen Aktienkrach betroffen waren, so doch vermittelt über fallende Produzentenpreise (z. B. für Bauwolle, Weizen) und des Weiteren über Kreditrestriktionen.

Vor einer exklusiven Identifikation von Hauptschuldigen (z. B. USA) für die große Krise warnen Autoren wie Albrecht Ritschl. Er argumentiert vor dem Hintergrund der Betrachtung internationaler Kapitalbewegungen und unter Fokussierung auf die deutsche Maschinenbauindustrie, dass die Rezession in Deutschland bereits 1927 mit dem Rückgang von Inlandsaufträgen einsetzte, während in den USA und Großbritannien 1928 noch ein gutes Investitionsklima und wachsende Dividenden zu beobachten waren. Mit seiner These autochthoner Krisenursachen jenseits der USA und der wichtigen Rolle Deutschlands für deflationäre Dynamiken bestätigt er nachträglich Peter Temins Argument aus dem Jahre 1971 (S. 13).<sup>3</sup>

In erfrischender Weise schert Salamos Salomou aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Hauptstrom aus und vertritt die Position, dass der Handelsprotektionismus der 1930er Jahre nicht ausschließlich negativ bewertet werden sollte. Aus den Zeitumständen heraus betrachtet ergibt sich folgendes Fazit: „In a world with few policy instruments and severe economic shocks, national protection provided a viable and in some cases an effective policy tool.“ (S. 155) Er empfiehlt also eine länderspezifische Betrachtung, indem er die deutsche Entwicklung als Ausdruck einer „Autarkie“-Politik der gezielten Kriegsvorbereitung versteht, dem britischen Handelsprotektionismus ab 1932 durchaus eine stimulierende ökonomische Wirkung zugesteht, wobei nicht nur Formen des Bilateralismus, sondern

auch Formen der Kooperation entlang kolonialer Traditionen erwähnt werden (S. 153).

Zahlreiche Belege für Salomous These, dass im Gefolge der Weltwirtschaftskrise einzelne (vor allem größere) Länder wie zum Beispiel die Türkei, Mexiko, Brasilien etc. mittels protektionistischer Politikmuster durchaus eigenständige Entwicklungspotenziale mobilisieren konnten und darüber mittelfristig zu stärker selbstbestimmten Wirtschaftspolitiken gelangten, liefern globalhistorisch angelegte Studien.<sup>4</sup>

Zur Frage, inwiefern bestimmte Akteurskonstellationen bzw. Akteure damals in der Lage waren, international abgestimmte Krisenvermeidungspolitiken oder gar Krisenlösungskonzepte zu implementieren, liefern einige Beiträge exemplarische Hinweise. Harold James beschäftigt sich mit dem Scheitern der „Bank for International Settlement“, die den Übergang von einer Managerin von Reparationsangelegenheiten mit begrenztem Aktionsradius hin zu einer weltweit agierenden Zentralbankinstitution mit regulativ-kooperativer Funktion nicht schaffte.

In einem weiteren Beitrag analysieren Monika Rosengarten und Carl-Ludwig Holtfrerich die Politik der „International Chamber of Commerce“, die sich für den Abbau von Handelsbarrieren, für die Wiederbelebung von Freihandel, für die Wiederaufnahme von Kapitalexporten aus den USA und für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einsetzte. Wie die Autoren meinen, sei der Erfolg empirisch schwer messbar; allerdings kann auch hier gelten, dass Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander klafften.

Auf der Ebene von Regierungen dominierte das kurzfristige „nationale Interesse“ als Handlungsmaxime. Patricia Clavin zeigt am Beispiel der Londoner Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1933, wie sehr ein echter Wille zur politischen und wirtschaftlichen Kooperation in den Ländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien fehlte. Auch dieser Beitrag bilanziert keine Alleinschuld der USA, sondern gibt den europäischen Führungseliten einen Anteil daran, dass nicht selten bestimmte Handlungsweisen der politischen Entscheidungsträger die Krise bzw. Krisenauswirkungen verschärften, statt sie abzumildern.

Eine andere Quelle des wirtschaftlichen Versagens erblickt Gerald D. Feldman in den Versicherungsunternehmungen, die durch riskante Unternehmensentscheidungen, in Einzelfällen durch Vermischung persönlicher und einzelbetrieblicher Interessen bis hin zu kriminellen Vorgangsweisen manche Firmenbankrotte entscheidend beeinflusst haben. Die Studie diskutiert dies exemplarisch anhand der „Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG“ (Favag) und der österreichischen Phönix-Versicherung.

Aus der Feder des Keynes-Biographen Robert Skidelsky erfahren wir, dass Keynes sich zwar nie wirtschaftshistorisch mit der Großen Depression beschäftigte, sich aber im Kontext einiger zeitgenössischer Situationen bereits für eine Politik des *deficit spending* bzw. für massive monetäre Expansionsstrategien aussprach (anlässlich eines Symposiumsbesuchs in Chicago 1931 und im Zuge von Kontakten mit Präsident Roosevelt 1934). Für Skidelsky sind auch heute zahlreiche Ähnlichkeiten mit der Weltwirtschaftskrise auszumachen, er betont mit dem Brustton innigster (aber durchaus hinterfragbarer) Überzeugung, dass die Regierungen ihre historischen Lektionen gelernt hätten und schließt mit einem optimistischen Ausblick: „So while the newly globalised economy will be repeatedly ,sho-

cked' by unexpected events, a second Great Depression would require a collective amnesia which is inconceivable." (S. 112)

Im Abschlussbeitrag des Sammelbandes beschäftigt sich Barry Eichengreen mit der Möglichkeit der Abwendung von globalen Krisen. Seine Reflexionen oszillieren zwischen historischen und gegenwärtigen Aspekten von Krisenphänomenen und politischen Steuerungsoptionen. Im Unterschied zu Skidelsky liefert er detailliertere Begründungen. Ein sozialpsychologischer Aspekt, den Eichengreen anspricht, erscheint von besonderer Relevanz bezüglich der Fähigkeit bzw. Bereitschaft, ökonomische Krisen wahrzunehmen. So war etwa die unmittelbare Angst wegen der großen Krise des Jahres 1997/1998 kurze Zeit später schon wieder vollends verfliegen und aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Die Krisenkonstellation des Jahres 1998 und die Reaktionsmuster verweisen – so Eichengreen – auf unterschiedliche Voraussetzungen: So blieb im Gegensatz zur historischen Erfahrung die US-Ökonomie auf Wachstumskurs, die G-7-Staaten intervenierten mit Zinssatzreduktionen, den Finanzinstitutionen in Schwierigkeiten wurde unter die Arme gegriffen, das Welthandelssystem blieb mehr oder weniger auf Kurs. (S. 181ff.) Das erfolgreiche Krisenmanagement basierte nach Eichengreen auf einer „combination of good policies, good institutions, and good luck“. Allerdings: „[W]e cannot assert with confidence that the pieces will again fall into place in the event of another equally serious shock.“ (S. 185) Und schließlich bedarf es einer Stärkung der Finanzinstitutionen (im nationalen und internationalen Maßstab), der Marktkräfte und der Etablierung einer neuen internationalen Finanzarchitektur.

Diese Art der Empfehlungskataloge mag ja durchaus plausibel klingen, ihr fehlt letztlich aber jegliches Verständnis für die ureigensten kapitalismusimmanenten Widersprüche, die durch derartige Politikempfehlungen nicht aus der Welt zu schaffen sind. Aber es handelt sich nicht nur beim Beitrag von Eichengreen um eine Visitenkarte akademischer Gelehrsamkeit. Seit dem Erscheinen des Sammelbandes ist die Krisenanfälligkeit nicht geringer geworden, das Thema (auch unter dem Aspekt von Geschichte und Gegenwart) bleibt virulent.

Von einer global- und strukturgeschichtlichen Betrachtung kommen wir nun zu einer Österreich-Fallstudie, die sich mit der Wirtschaftspolitik des „Ständestaates“<sup>5</sup> kritisch auseinandersetzt. Es handelt sich dabei um die nunmehr in Buchform vorliegende Habilitationsschrift von Gerhard Senft. Der Haupttitel – „Im Vorfeld der Katastrophe“ – könnte fast als Beschönigung missverstanden werden, würden die Ausführungen des Autors nicht doch eine andere Deutung nahe legen.

Senfts sehr umfangreiches Buch ist keinesfalls von einem Zuschnitt, der nur die Zeitspanne zwischen Februar 1934 und März 1938 abhandelt. Vielmehr organisiert der Autor seine Argumentationen vor dem Hintergrund der gesamten Zwischenkriegszeit und greift darüber hinaus sehr stark auf ideologiegeschichtliche Wurzeln der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Damit soll ein Nachvollziehen der Genese und der Entwicklung des „ständischen Denkens“ möglich gemacht werden.

Zugleich bettet der Autor seine Ausführungen in die Reflexion diverser Krisen des österreichischen Modernisierungspfades ein, wie zum Beispiel einer Identitätskrise, Distributionskrise, Integrationskrise, Legitimitätskrise, Partizipationskri-

se und Penetrationskrise (S. 36ff). Als erster Höhepunkt des Konflikts zwischen den Konzepten von Moderne und Gegenmoderne („ständestaatliche“ Konzepte) werden die 1920er Jahre ausgemacht. Die romantisch-katholische Konzeption des Freiherrn von Vogelsang aus dem späten 19. Jahrhundert verlor vorerst nach dessen Tod (1890) an Bedeutung.

Um die österreichische Situation in den 1920er Jahren nicht allzu „rückständig“ erscheinen zu lassen, soll ein kleiner Hinweis genügen: Der endgültige Durchbruch von sozialphilosophisch und gesellschaftspolitisch fundierten Positionen der Moderne war in globaler Perspektive nicht einmal in Ländern wie den USA so eindeutig und unumstritten, wie man glauben könnte. In den 1920er Jahren war es noch keine so hundertprozentig ausgemachte Tatsache, dass die gesellschaftliche und politische Identität sich endgültig zu Gunsten kosmopolitischer Präferenz ausrichten würde.

In Österreich beflügelten die Dauerkrise der 1920er Jahre und erst recht die Verschärfung der sozialen und ökonomischen Probleme, verursacht durch die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen, eine unverkennbare Wiedergeburt sozialkonservativer Ständekonzepte. Seit 1900 hatten sich zwar die Trägergruppen gewandelt, die Propagierung eines „dritten Weges“ zwischen liberalem Kapitalismus und Sozialismus blieb allerdings ein zentrales Moment. Nach Meinung von Senft kommt dem korporatistischen Realbeispiel des italienischen Faschismus eine besonders inspirierende Rolle zu, um zu verstehen, wieso der Ständestaatsgedanke in den späten 1920er Jahren mächtig Auftrieb erlebte (S. 60).

In Österreich war das katholisch-konservative Milieu in den 1920er Jahren ideologisch hinsichtlich des ständischen Modells keinesfalls einheitlich. Zu den wichtigsten Proponenten ständestaatlicher Konzepte zählten etwa Heinrich Pesch und Johannes Messner, die der „realistischen Schule“ des „Solidarismus“ zugerechnet werden. Während sich bei ihnen die Sozialkritik auf die gewünschte Korrektur marktwirtschaftlicher Verzerrungen beschränkte (S. 76ff), vertrat die „universalistische“ Gruppe um Othmar Spann eine fundamental gegen die Prinzipien der Moderne gerichtete Ständekonzeption, die auf eine idealisierte Ständegliederung mittelalterlicher Provenienz rekurrierte (S. 79ff). Ignaz Seipel präsentierte seine Konzeption von Ständesystem – ganz im Gegensatz zu Spann – bewusst nicht als Projekt der Gegenmoderne. Für Senft folgte Seipel nicht der katholisch-romantischen Ständeidee, sondern entschied sich „bewusst für den Ausbau der Staatsautorität“. Für ihn war die Ständestaatsidee eine „Karte im Poker der Politik“, ein Instrument gegen den ungeliebten Parteienstaat (S. 89). Für den realgeschichtlichen Verlauf in Richtung der Etablierung eines „Ständestaates“ nicht unwichtig war wohl die von Papst Pius XI. 1931 proklamierte Enzyklika „Quadragesimo anno“, die den konservativen Machteliten als willkommener Anlass zur Legitimation einer „neuen Ordnung“ diente.

Machttechnisch bedienten sich die Totengräber der demokratisch legitimierten Ersten Republik allerdings vorhandener Instrumente. Auf der Basis des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 wurde im Oktober 1932 der Weg des autoritären Notverordnungsregimes eröffnet (S. 120ff), der schließlich in die Mai-Verfassung (mit Gottesbezug in der Präambel) von 1934 mündete (S. 139f). „Christlich-Ständisch-Autoritär“ galten als grundlegende Prinzipien der Verfassung des Jahres 1934 (S. 140). Allerdings blieb auch nicht un-

erkannt, dass die Autoren der Mai-Verfassung keinesfalls alle liberalen und demokratischen Elemente aus der Verfassung verbannten, was etwa die Kritik von Gustav Spann nach sich zog (vgl. S. 141). Die Verfassungswirklichkeit war bekanntermaßen nicht rosig, die Gesetzgebungsmöglichkeiten kannten zwar einen „ordentlichen“ Weg, sahen allerdings weiterhin die Option durch das Ermächtigungsgesetz vor, wonach das Verordnungsregime freie Bahn erhielt, garniert mit einem zusätzlichen Notrecht der Bundesregierung und des Bundespräsidenten (S. 149).

Das eigentliche Ziel der Verfassung von 1934 sollte die Verankerung der berufsständischen Ordnung sein, die gleichsam auch eine „Repräsentation des Volkes“ – sozusagen als Ersatz für das liquidierte Parteiensystem – sein sollte. Der pro-italienisch eingestellte Heimwehr-Minister Odo Neustädter-Stürmer, zuständig für die legislativen Arbeiten für den berufsständischen Aufbau, orientierte sich an einem Dreisäulen-Modell. Demnach wurden drei Sphären des sozialen Lebens unterschieden, für die entweder die Staatspolitik, die Kulturpolitik oder die Wirtschaftspolitik zuständig seien. (S. 151) Die erste Etappe des berufsständischen Aufbaus wurde mit der Gründung des „Gewerkschaftsbundes der österreichischen Arbeiter und Angestellten“ eingeleitet, nachdem bereits im Gefolge der 12.-Februar-Ereignisse ein Einheitsgewerkschaftsbund geschaffen worden war. Ungleich komplizierter gestaltete sich die Etablierung eines Arbeitgeberverbandes im Gewerbebereich. Die Vielzahl unterschiedlicher Gewerbeverbände und Genossenschaften machten den Weg zu einem Gewerbebundgesetz schwierig und umstritten. „Ähnlich wie bei der Neugestaltung des industriellen Arbeitgeberverbandes war auch hier unklar, was mit der bisherigen Kammervertretung zu geschehen habe.“ (S. 155)

Die ursprünglich dritte Etappe des „ständischen Aufbauwerkes“, der Zusammenschluss der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, konnte „nur in sehr beschränktem Ausmaß realisiert werden.“ (S. 156) Im Jahre 1936 wurden die so genannten „berufsständischen Ausschüsse“ ins Leben gerufen. Diesen paritätisch zusammengesetzten Organen kam die Rolle der Konfliktschlichtung in Streitfällen aus Arbeitsverhältnissen oder umstrittenen Kollektivvertragsregelungen zu. Senft betont einerseits, dass schon die zeitgenössischen Funktionseliten um die Jahreswende 1935/36 einbekennten, dass der „ständische Aufbau“ ins Stocken geraten sei. Nichtsdestotrotz unterstreicht er andererseits, dass mit dem Einmarsch der deutschen Truppen im März 1938 eine Regime beseitigt wurde, „das die faschistischen Originale (von Mussolini bis Hitler) in einigen zentralen Belangen nahezu perfekt zu imitieren verstanden hatte.“ (S. 157)

In einem äußerst umfangreichen Kapitel beschäftigt sich Senfts Studie dann mit den interessenpolitischen Konstellationen im „Ständestaat“. Die interpretatorische Stoßrichtung widerspiegelt treffend die Kapitelüberschrift: „Auf neuen Wegen – zu alten Zielen“ (S. 159ff.) Hier betont der Autor mittels einer ideengeschichtlichen Rückblende, wie fruchtbar es sein kann, die Herausbildung des modernen Verbändewesens und das ihr zugrunde liegende Ideologiesubstrat historisch zu rekonstruieren. Es werden dabei zwei Zonen („Hort der Traditionsgebundenheit“) mit besonders traditionalistisch ausgeprägten Interessenartikulationsformen ausgemacht. Getragen wurden diese zum einen im Bereich der Landwirtschaft von den alten Vorstellungen einer patriarchalischen Gestaltung bäuer-

licher Produktionsgemeinschaften (S. 241ff), und zum anderen wurde im gewerblichen Sektor eine vermeintliche Einheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterstellt. (S. 220ff) Realgeschichtlich wurden gerade die von der Arbeitgeberseite 1936 formulierten Forderungen zum Nachweis weiterhin divergierender Interessen; von einer harmonischen Gemeinsamkeit und berufsständischer Einheit im Bereich der gewerblichen Wirtschaft war somit auch hier nichts zu bemerken. (S. 221)

Das umfassendste Kapitel in der Studie von Senft ist im Sinne einer Politikfeldanalyse der Wirtschaftspolitik im „Ständestaat“ gewidmet. Die generelle Ausrichtung der österreichischen Wirtschaftspolitik seit der Ermordung von Dollfuß drehte sich vor allem um die Erfüllung der Gläubigerauflagen angesichts der beträchtlichen Auslandsschulden. Die Regierung verfolgte das Ziel der Herstellung eines ausgeglichenen Budgets und einer stabilen Währung. Hinsichtlich einer umfassenden Würdigung der praktizierten Wirtschaftspolitik des „ständestaatlichen Regimes“ kommt Senft zur Einschätzung, dass diese sich „bei näherer Betrachtung als ein schwer erfassbares Phänomen“ erweist, denn „[u]nübersehbare Widersprüchlichkeiten bestimmen das Bild, in das ein sektoraler Antiinterventionismus, aber auch planwirtschaftliche Neigungen zu passen scheinen.“ (S. 243) Die klassische Metapher von Charles P. Kindleberger vom „wirtschaftspolitischen Analphabetentum“ kommt Senft bei der Analyse der Wirtschaftspolitik des „Ständestaates“ in den Sinn, da „bestehende Instrumentarien nicht genutzt oder einfach übersehen wurden.“ (S. 243) Des Weiteren findet er, „ein orthodoxes Grundmuster wurde durch eine Vielzahl von Ad-hoc-Maßnahmen ergänzt“; insgesamt fällt dabei der „pragmatische Zug“ der Politikmuster auf. (S. 243)

Senft kann auch in einem weiteren Befund zugestimmt werden, wenn er sagt: „Es fehlte am Vermögen, die Vorstellungen über die Lage der Volkswirtschaft zusammen mit Zielvorgaben und einem erforderlichen Ordnungsrahmen sowie einem entsprechenden Instrumentarium in ein Gesamtkonzept ohne Antagonismen zu integrieren. Obwohl sich Schwergewicht und ideologischer Gehalt in einer ständisch orientierten Wirtschaftspolitik vor allem auf den institutionellen Bereich bezogen, klafften auch hier Anspruch und Wirklichkeit auseinander. War es ursprünglich ein Ansinnen gewesen, die Stände zu Trägern der Wirtschaftspolitik zu machen, so zeigte sich zum Ausklang der Ständestaatsära keinerlei Anzeichen, auf den absolut gesetzten Willensvollzug „von oben“ zu „verzichten.“ (S. 244) Mit anderen Worten: (Politischer) Zwang blieb das bestimmende Moment der österreichischen politischen Kultur im „Ständestaat“.

Im erwähnten Hauptteil der Studie, einem besonders gelungenen Abschnitt, entrollt Gerhard Senft ein Panorama der zeitgenössisch relevanten ideologischen Strömungen, prüft deren wirtschaftspolitische Grundannahmen und liefert eine sehr differenzierte und erfrischende Interpretation, die nichts mit den üblichen Stereotypen zu tun hat. Dabei gelingt es ihm herauszuarbeiten, dass trotz aller sozialkonservativer, antiliberal und antikapitalistisch anmutender Rhetorik die neoklassischen Grundlagen zahlreicher wirtschaftspolitischer Konzepte und deren Hegemonie in der österreichischen Zwischenkriegszeit das bestimmende Moment blieben. (S. 244ff) Einzig die Spann-Schule trat mit ihrem antiliberalen und antimarxistischen Kurs strikt für eine „gebundene Form der Wirtschaft“ ein. (S. 245)

Was unterdessen ohnedies kein akademisches Geheimnis unter Wirtschaftshistorikern mehr darstellt, arbeitet Senft nochmals sehr gut am Beispiel der sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und der ihr zugrunde liegenden Überzeugungen heraus. Demnach hatte „die Strömung des Austromarxismus das klassische ökonomische Denken noch nicht hinter sich gelassen“, und folgerichtig hatten die „[s]ozialistischen Theoretiker in Österreich ... in der akuten Krisensituation den bürgerlichen Ökonomen nur wenig entgegensetzen.“ (S. 247) So stimmten die Sozialdemokraten etwa dem Budgetsanierungsgesetz von 1931 zu, und Otto Bauer folgte letztlich hilflos den liberalen Krisendeutungen, dass u. a. Arbeitslosigkeit durch zu hohe Löhne verursacht sei. Reformersische Ansätze (wie sie auch in den Reihen der österreichischen Gewerkschaften zum Beispiel von Johann Schorsch vertreten wurden), die „über Krediterschöpfung den finanziellen Spielraum der öffentlichen Hand erweitern wollten, beurteilte Bauer abschlägig.“ (S. 248) Die mit Wirtschaftsfragen vertrauten sozialdemokratischen Repräsentanten Bauer, Breitner und Danneberg stimmten durchaus einem Deflationskurs zu, wie er im benachbarten Deutschland von Hilferding und Breitscheid vertreten wurde. Von „einem ‚präkeynesianischen‘ Kurswechsel in der österreichischen Sozialdemokratie konnte also auch 1933 keine Rede sein.“ (S. 248)

Mit dem Andauern der Krise in den frühen dreißiger Jahren war der Liberalismus aber selbst zunehmend in Argumentationsschwierigkeiten geraten. In dieser Situation konnte die Spann-Schule ihre Position weiter ausbauen, die faschistische Heimwehr als politischer Akteur in Österreich trat konsequent für eine „Verbindung von Ständewesen und Planwirtschaft ein.“ (S. 249) Innerhalb des christlich-konservativen Lagers versuchten die Vertreter der „solidaristischen Schule“ (Johannes Messner und Josef Dobretsberger) ihren alten Überzeugungen eines „dritten Weges“ zwischen (reiner) ökonomischer Effizienz und Antikapitalismus (im Sinne der Spann-Schule oder einer korporatistischen Planwirtschaft) treu zu bleiben. Bei ihnen sollte die ökonomisch gesteuerte Wettbewerbsordnung nicht abgeschafft, sondern „nur – etwa durch das Subsidiaritätsprinzip [Sozialpolitik, Anm. G.M.] – gemildert werden.“ Nur die „Ordnung des Wettbewerbs“ wurde als zentrales Instrument der Konjunkturpolitik anerkannt. Dieses wirtschaftspolitische Denken entsprach haargenau den erzliberalen Überzeugungen eines Ludwig Mises. Überdies war den österreichischen Solidaristen das Manko eigen, dass sie standhaft an der „Illusion“ festhielten, dass „eine Gesellschaft ohne Interessenkonflikte (etwa zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und ohne echten Aushandlungsprozess zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen zu organisieren wäre.“ (S. 253)

In verschiedenen quellennahen Passagen weist Senft dann auch sehr überzeugend nach, dass sowohl die konzeptionellen als auch die realen Widersprüche von Theorie und Praxis ständestaatlicher Politikmuster allerorten nachweisbar sind. Aus Platzgründen muss hier auf den exemplarischen Nachweis verzichtet werden (vgl. Kapitel 5). Die Erbschaft des habsburgischen Obrigkeitsstaates und die ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen nach dem Wegfall der „Nachfolgestaaten“ mit ihren auf nationale ökonomische Interessen ausgerichteten Wirtschaftspolitiken im Verein mit den generellen weltwirtschaftlichen Negativeinflüssen generierten ein mentales gesellschaftliches Klima, das zwi-



schen Kulturpessimismus (Abrechnung mit den „Modernisten“) und ausgeprägtem Antimarxismus (im Klartext: gegen die Interessenwahrnehmung von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung gerichtet) hin und her pendelte. Im Österreich der Ständestaatsära blühte wie auch in anderen Staaten die massive Regulierung der Außenhandelspolitik (Hochschutzzollpolitik, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen und Kontingentierungen, Clearing-Abkommen usw.), und an der Tagesordnung stand gleichzeitig eine forcierte Sozialabbaupolitik, die ziemlich ungeniert verfolgt wurde, nachdem zuvor die formale Entrechtung autonomer Interessenwahrnehmung von Lohnabhängigen durch die staatlichen Behörden durchgesetzt worden war.

Soweit einige Aspekte des lesenswerten Buchs (als Pflichtlektüre ins Bücherregal!) von Gerhard Senft hinsichtlich der österreichischen Antwort auf eine bereits lang schwelende sozialökonomisch wie soziopolitisch begründete Transformationskrise (mit der Leitfragestellung, inwiefern eine ökonomisch und sozial integrierte Entwicklung auf der Grundlage stabiler massendemokratisch-parlamentarischer Basis nachhaltig verwirklicht werden kann), die schließlich vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise zur demokratiepolitischen Eskalation drängte und in der Liquidierung der demokratischen Ersten Republik gipfelte und den Weg für eine autoritäre Diktatur freimachte. Die letztendlich von neoklassischen wirtschaftspolitischen Kochrezepten angeleitete wirtschaftspolitische Praxis des „christlichen Ständestaates“, die schnurstracks in die nächste politische Katastrophe führte, unterschied sich durchaus von andernorts praktizierten Wirtschafts- und Sozialpolitiken (z. B. der USA, von Schweden, von den größeren Territorialstaaten der so genannten „Dritten Welt“).

Beide Bücher lassen sich sehr gegenwartsbezogen lesen: Wenig adäquate wirtschaftspolitische Antworten auf ökonomische Transformationskrisen verschärfen ökonomische und soziale Bedingungen, aus denen sich mittelfristig nicht intendierte, negative demokratiepolitische Konsequenzen ergeben können.

Gerhard Melinz

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> In diese Richtung geht eine Publikation, in der einzelne Autoren eines Sammelbandes, ausgehend von einem Verständnis von „Krise als Übergang“, die Ursachen, Verlaufsformen und Konsequenzen von 1929 und den Folgejahren sowie krisenhaften Transformationsprozesse seit den 1970er Jahren vergleichend interpretieren. Vgl. Feldbauer, Peter; Hardach, Gerd; Melinz, Gerhard (Hrsg.), *Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie?* (= HSK 15 / Internationale Entwicklung, Frankfurt/M.-Wien 1999).
- <sup>2</sup> Erfreulicherweise hat jüngst auch die Zeitschrift PROKLA ein Themenheft zum Schwerpunkt „Die kommende Deflationskrise?“ gestaltet. Vgl. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 34/134 (2004). Die Relevanz von Deflationsgefahren zeigt sich ebenso in dem Umstand, dass der IWF eine diesbezügliche Task Force einrichtete, die im Frühjahr 2003 Bericht erstattete und Deutschland zusammen mit Japan, Taiwan und Honkong zu den hoch deflationsgefährdeten Ländern zählte.
- <sup>3</sup> Vgl. auch die ausführliche Monographie Ritschl, Albrecht, *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1943. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsprobleme zwischen Dawes-Plan und Transfersperre* (= Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 2, Berlin 2002).

<sup>4</sup> Vgl. die Beiträge in Feldbauer, Hardach, Melinz (1999), siehe Anm. 1.

<sup>5</sup> Gerhard Senft verzichtet auf eine besondere Markierung – etwa durch Anführungszeichen – dieses Begriffs. Der Rezensent präferiert Anführungszeichen, was nicht als Haarspalterei missverstanden werden soll. Der selbstgestellte Anspruch des „christlichen Ständestaates“, ein wirklich berufsständisch organisiertes Gemeinwesen zu schaffen, wurde dermaßen verfehlt, dass dies sichtbar gemacht werden sollte. Der Verzicht auf die Verwendung des Begriffs „Austrofaschismus“ geht in Ordnung, denn er hatte in früheren Jahren mehr die Funktion die weltanschauliche Position des jeweiligen Autors zu markieren, als wirklich analytisch gehaltvolle Erkenntnisse zur autoritären Regierungskultur der Jahre 1934 bis 1938 beizusteuern. Senfts Fazit aus einer Kürzestpräsentation der bisherigen Versuche das Herrschaftssystem der Jahre 1934 bis 1938 zu charakterisieren mündet in folgender Positionierung: „Am ehesten wird man also für die Zeitspanne zwischen 1934 und 1938 in Österreich wohl von einem mit faschistischen Elementen durchsetzten autoritären Regime sprechen müssen.“ (S. 125)